



Mitteilungsvorlage

- öffentlich -

MI-4/2024

| | |
|--------------------|----------------------------------|
| Fachbereich | Zentrale Verwaltung und Finanzen |
| Federführendes Amt | Kämmerei |
| Datum | 15.02.2024 |

| Beratungsfolge | Termin | Beratungsaktion |
|--|------------|-----------------|
| Gemeindevorstand der Gemeinde Kiedrich | 19.02.2024 | zur Kenntnis |
| Gemeindevertretung der Gemeinde Kiedrich | 04.03.2024 | zur Kenntnis |

Betreff:

**Antrag der CDU-Fraktion vom 09.10.2023 (FR 200)
betr. Prüfung des Projektes "Essbare Stadt"
Beantwortung des Prüfantrages**

Mitteilung / Information:

Der Gemeindevorstand der Gemeinde Kiedrich hat sich gemäß dem Beschluss der Gemeindevertretung vom 13.11.2023 mit dem Prüfantrag der CDU-Fraktion auseinandergesetzt.

Der Gemeindevorstand ist hierbei zu dem Ergebnis gekommen, dass die Umsetzung eines Projektes „Essbare Stadt“, wie im Antrag FR 200 der CDU-Fraktion ausgeführt, derzeit nicht als realisierbar angesehen wird.

Der Gemeindevorstand ist unter Einbeziehung der nachfolgenden Überlegungen zu dem v.g. Ergebnis gelangt:

1. Organisation und Verantwortung

Projekte im Rahmen der Begrifflichkeit „Essbare Stadt“ sind derzeit offiziell in 63 Städten zu finden. Es handelt sich dabei meist um größere Kommunen bis hin zu Großstädten. Darunter finden sich Städte wie Halle, Trier, Frankfurt, Saarbrücken, Köln oder Marburg. Fast allen Projekten ist dabei gemeinsam, dass sie von Vereinen getragen werden. D.h., dass die Organisation und die Verantwortung nicht unmittelbar bei den Kommunen liegen, auch wenn diese über größere personelle Ressourcen verfügen.

Bezogen auf die Gemeinde Kiedrich käme auch hier aus Sicht des Gemeindevorstandes nur ein Vereinsmodell in Frage, da die personelle Ausstattung sowie die Auslastung durch arbeitsintensive Projekte (u.a. Erschließung Hochfeld 1, Neubau Bauhof, Dorferneuerung, Neubau Kinderspielplatz Weinstand) eine zusätzliche Betreuung eines Vorhabens „Essbare Stadt“ nicht zulässt.

Dies würde jedoch bedeuten, dass sich ein Verein, oder zumindest ein Zusammenschluss, aus Bürgerinnen und Bürgern gründen müsste. Auch in diesem Zusammenhang sieht der Gemeindevorstand aktuell wenig Spielraum, das von Seiten der Kommune weitreichende Unterstützung gewährt werden kann. Wie aus dem Verfahren zur Gründung der „Bürgerstiftung Kiedrich“ bekannt, wäre hier ein nicht zu unterschätzender Zeitaufwand aufzubringen.

Es stellt sich für den Gemeindevorstand auch die Frage, inwieweit es möglich ist, für einen weiteren Verein/Zusammenschluss genügend ehrenamtliches Engagement zu akquirieren,

da in der Gemeinde Kiedrich bereits eine Vielzahl an Vereinen in unterschiedlichen Bereichen tätig ist. Dies lässt sich u.a. an der neu aufgelegten Broschüre „Kiedrich und seine Vereine“ des Ortsvereinsringes erkennen.

2. Zuspruch und Inanspruchnahme des Angebotes

Der Gemeindevorstand vertritt den Gedanken, dass Angebote, insbesondere wenn diese mit einem größeren Aufwand realisiert werden, auch in der Bevölkerung dauerhaften Zuspruch finden müssen. Bei einem Projekt wie diesem, bestehen jedoch Zweifel, dass ein ausreichend quantitatives Nutzerverhalten erreicht werden kann.

Diese Überzeugung rührt daher, dass die Mehrzahl aller Projekte „Essbare Stadt“ im urbanen Raum, sprich größeren Städten oder gar Großstädten, verwirklicht worden ist.

In diesen Lebensumwelten stehen den Bürgerinnen und Bürgern in der Regel keine Möglichkeiten zum Anbau von Obst oder Gemüse im unmittelbaren Lebensumfeld zur Verfügung. In der Gemeinde Kiedrich, einer im positiven Sinn ländlich geprägten Kommune, hat ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung die Möglichkeit durch Eigen- oder Mitnutzung von geeigneten Flächen bei Bedarf eigenes Obst oder Gemüse anzubauen.

Der Gemeindevorstand geht daher davon aus, dass die Inanspruchnahme bzw. der Bedarf möglicherweise eher gering ausfallen könnte und das Verhältnis von Aufwand zu Nutzen daher negativ ist.

3. Vorhandensein von Möglichkeiten der frühkindlichen Heranführung an die Herstellung von Lebensmitteln

Bereits jetzt wird in der gemeindlichen Kindertagesstätte Hickelhäusje durch Nutzung von Hochbeeten Kindern vermittelt wie eigenes Obst und Gemüse herangezogen werden kann.

Der Gemeindevorstand würde hier ggf. die Möglichkeit einer weiteren Intensivierung in Gesprächen mit der Leitung der Kita Hickelhäusje, aber auch mit der Kita St. Valentin oder der Grundschule prüfen.

4. Frage der Finanzierung

Für eine Erstfinanzierung, ohne Berücksichtigung laufender Betriebskosten einschließlich Personalkosten, rechnet der Gemeindevorstand mit einem Betrag von 3.500,00 EUR bis 4.000,00 EUR.

In der genannten Summe sind zum einen Kosten (z.B. Öffentlichkeitsarbeit wie Flyer oder Broschüren) für die Einwerbung und Unterstützung bei der Gründung eines Vereines oder zumindest eines Zusammenschlusses von Bürgerinnen und Bürgern enthalten, die für die Umsetzung und den laufenden Betrieb des Projektes Sorge tragen.

Weitere Kosten können auftreten, wenn ein geeignetes Gelände (in relativer Nähe zur bebauten Ortslage und mit entsprechender Bodenbeschaffenheit) gefunden wird. Zu denken ist hier zum Beispiel an die Herstellung einer Einfriedung, gerade wenn Kinder zu der Zielgruppe gezählt werden. Auch eine einfache naturnahe Umfriedung wird Kosten in einem vierstelligen Bereich verursachen. Dies wird auch dann der Fall sein, wenn der gemeindliche Bauhof die Arbeiten ausführen kann. Jedoch ist hier die derzeit noch herrschende personelle Situation zu bedenken, was den Einsatz von externen Kräften notwendig machen dürfte.

Wie bekannt ist der Haushalt des Jahres 2024 defizitär. Bei den vorhandenen Ansätzen erkennt der Gemeindevorstand kaum Spielraum für Ausgaben außerhalb der Planungen, so dass für die Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel an anderer Stelle Einsparungen zu tätigen sein werden.

Der im Prüfantrag formulierte Vorschlag Förder- und Sponsorengelder einzuwerben, ist nach Ansicht des Gemeindevorstandes zwar auf den ersten Blick eine Möglichkeit der Finanzierung, aber ggf. auch ein Hindernis für andere bereits laufende Projekte.

Hier ist in erster Linie an die „Bürgerstiftung Kiedrich“ zu denken. Der Gemeindevorstand spricht sich dafür aus zunächst dafür Sorge zu tragen, diese auf eine solide finanzielle Grundlage zu stellen und nicht Mittel für andere Projekte einzuwerben, die ggf. der „Bürgerstiftung Kiedrich“ zu Gute gekommen wären.

Unter Einbeziehung der vorstehenden Überlegungen sieht der Gemeindevorstand derzeit keine Möglichkeit einer adäquaten Umsetzung.

(Steinmacher)
Bürgermeister